

BAD NEWS ARE GOOD NEWS

Mehren Medien die Politikverdrossenheit? / Von Wolfram Bickerich

Böse Nachricht nimmt immer zu. Gute Nachricht kommt bald zur Ruh.*

AUS FREIDANKS „BESCHEIDENHEIT“, 1215 – 1240

Aristoteles hat die Aufgaben von Regierenden und Regierten unterschieden und dabei in weiser Vorahnung die Rolle der Medien beschrieben: „Um gerecht urteilen und die Ämter dem Würdigsten geben zu können, müssen die Bürger einander nach ihren Qualitäten kennen.“

SPD-Vize Oskar Lafontaine fordert, daß Journalisten vor einer Indiskretion auch mal stillhalten sollen: „Nach wem wird man rufen, wenn der letzte demokra-

soll? Alle seriösen Redaktionen der westlichen Welt drucken doch, wie die *New York Times*, „all the news that's fit to print“. „Fit“ ist der journalistischen, subjektiven Abwägung unterworfen; und in der Regel gilt, daß rein Privates sich der Recherche entzieht und nur dann Aufmerksamkeit verdient, wenn ein öffentliches Interesse reklamiert werden kann.

Es sind nicht nur ethisch wertvolle Entscheidungen, die Tag für Tag in den Schreibstuben der Redaktionen fallen. Aber in der Summe entsprechen sie durchaus einem „Prinzip Verantwortung“, etwa dem Verlangen von Kanzler Helmut Kohl: „Menschenwürde ist das oberste Prinzip für journalistische Ethik.“

Manchmal wird der Konsens gestört. Unter dem Vorwand, die DDR habe die Intimsphäre der wichtigsten Bonner Politiker kontrolliert, druckte *Quick* eine Serie aus den höchst privaten Abhörprotokollen der Stasi. Es war kein Verlust für die Pressefreiheit, daß der Bundestag in einem eilends angefertigten Gesetz den weiteren Abdruck verhinderte (und *Quick* bald darauf einging).

Viele wußten seit Jahren von Theo Waigels Distanz zu Ehefrau Karin und seiner Liaison mit dem Ex-Skistar Irene Epple. Und sie behielten das für sich, bis zu dem Tag, als im Machtkampf zwischen Waigel und Edmund Stoiber um die Nachfolge des Amigo Max Streibl und dessen Amt als Ministerpräsident Hilfstuppen des einen die Frage durch die Münchner Landtagsflure wisperten, mit welcher First Lady sich der Waigel-Theo als Premier wohl bei der Fronleichnam-Procession zeigen wolle.

Da war die love affair zur Staatsaffäre geronnen – und verkam zur Schmutze, als sich Waigel plötzlich wagemutig mit Irene zum offenen Outing auf Thomas Gottschalks RTL-Sofa setzte, während sich Karin und Margarethe Schreinemakers auf Sat 1 mit Tränen von Zorn und Verzweiflung benetzten.

Wenn Politiker ihre private Sphäre präsentieren wollen, finden sie genug Medien, also Mittler, deren sie sich bedienen können. Nur sollten sie ihre Botschaft dann nicht für Politik halten. Es ist bloß Klatsch.

Sie ähneln jenen schlagzeilensüchtigen Schauspielern vom Typ Klausjürgen Wussow/Yvonne Viehöfer, die der Presse beständig ihre Wehwechen und Affären zutragen lassen, aber gern Journalisten belangen, die ohne ihre Zustimmung tätig werden. Das Ergebnis ist Public Relations, aber weder Journalismus noch Schauspielkunst.

Ohne Medien sind Politiker nichts; und wenn sie gut sein wollen, wissen sie das. Sie versuchen, die Betrachter der Szene ins Geschehen mit einzubinden. Sie locken mit Informationen und drohen mit Freundschaftsentzug. Ihr Lieblingsjournalist gleicht einem Automaten, der nach Münzeinwurf die gewünschte Ware auswirft. Die meisten ihrer Lieblingsjournalisten machen bei öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten Karriere, in Anstalten eben, in die sie sich zuvor von Politikern pferchen ließen.

Andere schlagen die Nachricht unter dem Vorbehalt der eigenen Urteilsfähigkeit um; sie prüfen den Wert. Und sie steigern ihre politische Unabhängigkeit, wenn sie die Nachricht nicht als gottgegebenes Gebot (des Pressereferenten/der Parteizentrale/der Abgeordneten) ins Land tragen, sondern selbst recherchieren oder einordnen.

Da kommt Angst auf bei denen, die dazu Grund spüren. Und Hoffnung beim parteipolitischen Gegner; auch dies gehört zum Spiel wie zur Demokratie.



FOTOS: ACTION PRESS

Ehepaar Waigel, Ex-Gattin Karin (r.)**
Love affair und Staatsaffäre

tische Politiker als korrupte Witzfigur enthielt worden ist?“

Lafontaine erhob die Forderung ausgerechnet in Magdeburg, wo Enthüllungen über zuviel gezahlte Gehälter wenig später eine ganze Landesregierung hinwegfegten.

Wer setzt die Maßstäbe, wann der Journalist schreiben und wann er stillhalten

*Im mittelhochdeutschen Original: Diu boesen maere werdent wif. Daz guote maere schier gelif.

**Mit TV-Moderatorin Margarethe Schreinemakers.

Wenn es denn eine tiefe Parteien- oder Politikerverdrossenheit im Lande gibt, dann ist es der Verdruf von Politikern über die Rolle der Medien. Unter dem Vorwand, die Persönlichkeitsrechte bessern zu wollen, wollen sie der Presse vor allem nahebringen, wie die eigene Persönlichkeit zu beschreiben ist – positiv, lauter, edel.

Die Stimmung der Politiker beschreibt ein Beschluß des CDU-Parteitag 1994 in Hamburg, den der CDU-Landesverband Schleswig-Holstein formuliert hatte:

Jeder Bürger muß einen gesetzlich geregelten Auskunftsanspruch gegen Presseorgane, Rundfunk und Fernsehen über die ihn betreffenden gesammelten Informationen erhalten. Bei nachgewiesener Unrichtigkeit muß er einen Berichtigungsanspruch haben, der im Extremfall in einen Lösungsanspruch übergehen kann. Das Gegendarstellungsrecht der Betroffenen ist zu erweitern. Kommentierende, glosierende oder inhaltliche Anmerkungen der Redaktion (sog. Redaktionsschwanz) sind gesetzlich zu verbieten. Jeder Bürger muß einen gesetzlich geregelten Schadensersatzanspruch gegen Presseorgane, Rundfunk und Fernsehen für den Fall erhalten, daß über ihn eine Tatsachenbehauptung öffentlich verbreitet worden ist, es sei denn, daß die behauptete Tatsache erweislich wahr ist.

Welche Regeln, Räte, Richter sollen über all das befinden?

Und der ganze Aufwand nur deswegen, weil manche Christdemokraten ihren Ex-Parteifreund Uwe Barschel immer noch als unschuldig Opfer finsterner Intrigen verehren?

Selbst die Bundesregierung macht da nicht mit. CDU-Innenminister Manfred Kanther und FDP-Justizkollegin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wehren sich – noch? – gegen eine Verschärfung des Presserechts.

Auch Lafontaines Freund Klimmt, hier in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der SPD-Medienkommission, hält sich zurück: Er will Lafontaines Vorstoß nicht übernehmen.

Natürlich versagt zuweilen die journalistische Selbstkontrolle, prescht eine Zeitung oder ein Sender um des Scoops willen vor. Etwa die *Bunte*, die Helmut Kohls Ehe eine „Zweckgemeinschaft“ nannte, „bei der man sich nur fragt, welchem

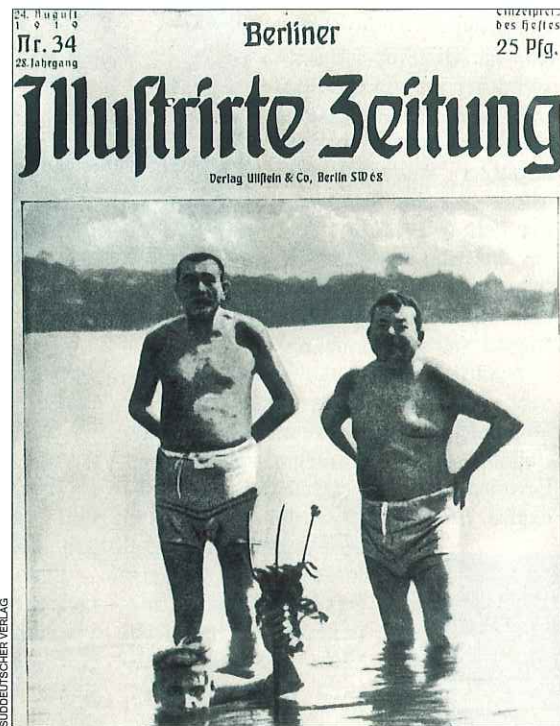
Zweck sie eigentlich dient. Denn zugunsten des Allgemeinwohls muß man nicht verheiratet sein.“

Das war in der Abonnementsauflage. In der späteren Kioskausgabe – welche Selbstkontrolle hatte da wohl gewirkt? – erschien der Satz: „Trotzdem scheint die Ehe so bestens zu funktionieren.“

Als die Moderatorin Britta von Lojewski in der RTL-Sendung „Nachts!“ einen Fehler machte und die Nutte Tina einen Politiker als Kunden anprangern ließ, war

Wir alle wissen inzwischen, wie gefährlich die normale Wächterfunktion der Medien umgeschlagen ist in eine bedenkenlose Vernichtungsmaschinerie zwecks Pflege des eigenen wirtschaftlichen Erfolges.

Wahrheiten, nüchterne Fakten lassen sich in kleinen Mengen manipulieren. Nur, ein Trend ist nicht zu biegen. Ein Unglück bleibt ein Unglück und mancher Minister eine Fehlbesetzung. Was bleibt da schönzureden? Im zynischen Slang



Badehosen-Träger Noske, Ebert, Kinkel (r.): Skandal und Image-Lifting

es ihr letzter Fehler. Die Sendung wurde eingestellt.

Politikverdrossenheit kommt von den Politikern, die verdrößlich machen, über die Presse, die den Verdruf teilt, an den Bürger – der oft auf beide Seiten sauer ist.

Als der SPIEGEL Anfang Mai (19/1993) berichtete, daß und warum Björn Engholm vom SPD-Vorsitz zurücktrete, bestellten spontan mehr als 200 Abonnenten das Magazin ab – vorgeblich aus Frust über die Nachricht, tatsächlich aus Ärger über die SPD. Sie wollten die Wirklichkeit schöner haben.

Als Jürgen Möllemann Anfang 1993 vom Amt des Wirtschaftsministers zurücktrat – nicht wegen des Empfehlungsschreibens für seinen Schwippchwager, sondern weil er öffentlich einen Irrtum eingestehen mußte –, schickte ihm Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter einen Trostbrief:

„Mit dem Schweizer Außenminister Cotti im August 1994 auf Juist.



amerikanischer Zeitungsmacher: „Bad news are good news.“ Nicht, weil sie die Auflage erhöhen, sondern weil sie Leser fesseln.

Wirklich positive Meldungen lassen sich nicht verschweigen, warum auch. Aber die negativen überwiegen. Lafontaine zitiert zum Beweis des Gegenteils die frühere Kanzler-Kassandra Elisabeth Noelle-Neumann:

Hielten sich noch in den sechziger Jahren die Positiv- und Negativmeldungen in etwa die Waage, so ist heute die Zahl der negativen Meldungen fast doppelt so hoch wie die der positiven Meldungen. Auf dieser Informationsgrundlage kann Politikverdruf so recht gedeihen.

Der angeblich neue Trend ist ein alter Hut: Bad news are good news.

Was überhaupt heißt „negativ“? Als der Nato-Gipfel feierlich eine „Partnerschaft für den Frieden“ mit den Staaten Osteuropas verkündete, zugleich aber eine Aufnahme dieser Länder ins Bündnis strikt

ablehnte – war das positiv oder negativ? Oder Diplomatie?

Jeder Journalist weiß, daß die sogenannte Publizistikwissenschaft mit Journalismus so viel zu tun hat wie etwa Sinologie mit dem Sinai. Das erweist sich auch im Fall der sogenannten negativen Welt-sicht der Presse.

Kohls Gesinnungsfreundin Noelle-Neumann hat dem gleichgesinnten Hans Mathias Kepplinger einen Mainzer Publizistik-Lehrstuhl verschafft, der immer wieder mit originell abseitigen Thesen auffällt. Er untersuchte für seine Studie „Negativität als Nachrichtenideologie“ die Nachrichtentexte des (Stichprobe) Hessischen Rundfunks zwischen 1955 und 1985; jedoch nur (Stichprobe) einmal im Monat im zweijährigen Turnus die (Stichprobe) Mittagsnachrichten. Das Ergebnis all dieser Zufälle:

Der Hessische Rundfunk berichtete wesentlich häufiger über negative als über positive aktuelle Ereignisse (32 bzw. 18%). Die meisten Meldungen behandelten jedoch Ereignisse, die entweder keine Wertigkeit besaßen oder strittig waren (50%)... Der Anteil der Nachrichten über negative aktuelle Ereignisse nahm im Laufe der Zeit von 20 (1955–59) auf 37% (1979–85) zu;

Schlußfolgerung nötig, etwa „Medien melden mehr Positives als vor 20 Jahren“.

Schöner Wissenschaftler, der Trends zusammenbiegt, daß die Fakten knirschen.

„Schlechte Nachrichten haben Flügel“, weiß ein französisches Sprichwort; das galt schon zu Zeiten des Sprüchsammlers Freidank im frühen Mittelalter. Das gilt für immer und ewig – nicht nur für heute.

Waldsterben, Klimakatastrophe, Umweltgifte sind natürlich als Medienereignis jüngerer Datums. Daß sie von den Medien erfunden wären zwecks negativer Weltsicht, das hätten manche Konservative gern, die von der heilen Welt ihrer Großmütter träumen. Auch diese Welt, das wußte Oma in ihrer Jugend, war so heil nicht.

Natürlich hat sich die früher feste Bindung mancher Medien an ideologische Fundamente gelockert. Gewachsen ist die Beliebtheit der Argumente, schon immer Berufsausweis des – schlechten – Journalismus. Etwa: Zuerst wird eine Erhöhung der Mineralölsteuer gefordert. Ist sie da, werden die Pendler als Leidtragende bedauert. Viele Medien sind strikt gegen deutsche Waffenexporte; andern-tags beklagen sie das Los der Arbeitnehmer in der Rüstungsindustrie.

Ulrich von Alemann, Politikprofessor in Hagen, nennt diese Erscheinung „mediale Volatilität – ein Fliegen und Flüchten von einem Trend zum anderen“.

Journalist seine Ware täglich neu in neuer Verpackung anbietet, spürt er kaum das Schwanken des Bodens, auf dem er arbeitet. Der Kieler Politologe Werner Kaltefleiter nennt das Phänomen „Blitzlichtjournalismus“.

In der Informationsgesellschaft, die Linie durch Entertainment ersetzt und Standpunkte durch Nachrichtenkrümel, bemerken auch die schnellen Konsumenten solche Widersprüche nicht. „In einem Meer von Belanglosigkeiten“, so prophe-

zeite Aldous Huxley schon 1932 in der „Schönen neuen Welt“, „ertrinkt die Wahrheit.“

Die Flut von Signalen, Bildern, Katastrophen überschwemmt Leser, Hörer oder Zuschauer; eine Auswahl findet erst beim Rezipienten statt. Da fliehen manche in die dumpfe Idylle von „Glücksrad“ oder „Traumhochzeit“. Andere Bürger halten sich inzwischen für so mündig, daß ihnen die ganze Kaste der Politiker auf den Geist geht – ihre Unfähigkeit zu rationalem Umgang, die Oberflächlichkeit ihrer Argumente, die „Komplexität politischer Probleme – mit der Konsequenz, daß ihre Lösung länger dauert oder nicht möglich ist“ (Kepplinger).

In den Worten des früheren CSU-Generalsekretärs Otto Wiesheu,

der nach einem Verkehrsunfall seine Politikkarriere bremsen mußte: „Lange galt es als erstrebenswert, die Geschicke des Gemeinwesens mitzugestalten. Heute ist es schick, sich nicht zu engagieren und Politik als leicht anrühlich zu empfinden.“

Sehr wohl registrieren die Medien, daß die Bürger gegenüber der Vielzahl vergangener und laufender Skandale von Möllemann bis Münch abstumpfen. Trotz dieser Tatsache bleibt jede Affäre für sich berichtens- und beklagenswert. Ihre Enthüllung schwächt nicht die Demokratie, sondern stärkt sie, weil sie die Mitwirkungsrechte und den Einfluß der Bürger mehrt.

Es gab einmal einen Kampfjournalismus in Deutschland, der schrieb von „Quasselbude“ – und meinte das Parlament; der druckte Reichspräsident Friedrich Ebert in der Badehose – und wollte die Demokratie lächerlich machen.

Heute springen Politiker wie der frühere Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) halb nackt in den Rhein, um dessen Sauberkeit zu zeigen; heute zieht der Vizekanzler zwecks Image-Lifting für die Pressefotografen die Badehose an.

Heute gilt eher das ehrliche Bekenntnis von CSU-Generalsekretär Erwin Huber: „Die meisten Politiker haben Angst vor den Journalisten.“

Nicht alle. Ängstigen müssen sich nur **Bickerich, 52, ist die, die Anlaß dazu haben.**



CSU-Politiker Wiesheu
Gebremste Karriere



Demoskopin Noelle-Neumann: Sinologie auf dem Sinai

seinen Höchststand hatte er in den siebziger Jahren mit 41%.

Daraus macht Kepplinger in Büchern, Zeitungen und Vorträgen den Vorwurf, die Medien förderten „eine negative Welt-sicht“ und stärkten „die Zweifel an der Problemlösungskapazität des politischen und wirtschaftlichen Systems“. Er kann seinen Vorwurf aber nur belegen, indem er in seinen späteren Wortmeldungen die oben zitierten Einschränkungen wegläßt. Sonst wäre ja eher die umgekehrte